

edens von ihrer Stellung an der Spitze der Obersten...
...die deutsche Volk niemals vergessen. ges. Ebert.

Die Besetzung Münchens.

Die militärischen Maßnahmen der Regierung Hoffmann gegen die Münchener Räteregierung haben am 1. Mai nach einer der Regierung des Freistaates Bayern aus München zugewandenen Funkspruch am Donnerstagabend als erste Regierungstruppe in München einmarschiert. Die Besetzung ist besetzt. — Die Straßenkämpfe in München spielten sich mit besonderer Heftigkeit ab. Straße auf Straße, Haus um Haus wurde von den vereinigten bayerischen, württembergischen und preussischen Truppen, die ganz Münchenern jerniert haben, genommen. Am Donnerstag wurde hauptsächlich in den Vororten Thalien, Nymphenburg und Schwabing gekämpft. Leider sind die Opfer auf beiden Seiten gering. Am 30. April war Dachau bereits von Regierungstruppen genommen. Dort fielen die Besatzer in ihre Hand. Der Bahnhof Rosenheim wurde nach kurzem Kampfe genommen. Die Spartakisten 20 Tote. Die Besetzung ohne Kampf besetzt. In München selbst dauern Straßenkämpfe noch an, es ist aber anzunehmen, daß in kürzester Zeit beendet sein werden. Die Arbeiter legen die Waffen und die roten Fahnen ab. Die Truppen sind unter unbeschreiblicher Jubel eingezogen.

Abgelehnte Verhandlungen.

Kurz vor der Besetzung Münchens wurde folgender Versuch aus München ausgenommen:
Neuer Aktions-Ausschuss zusammengetreten, um in Besprechungen einzutreten. Stellt Verhandlungen umgehend ein! Wir stellen die Waffen, wenn Truppen der Regierung Hoffmann das Bild der Stadt nicht betreten, da der Aktionsausschuss keine Garantie übernehmen kann, daß der Kampf nicht zu einem blutigen Straßenkampf wird.

Die Antwort der Regierung Hoffmann lautet:

„Bedingungen unannehmbar. Vergt Washington! Jeder Widerstand ist nutzlos. Regierung kann.“

Rosenheim den Spartakisten entzogen.

Nach Mitteilungen des Oberkommandos des 1. Armee-Korps befindet sich Rosenheim, Pasing und der Bahnhof München in den Händen der Regierungstruppen. Rosenheim wurde nach Kampf besetzt. Die Führer Gandorfer und Käßler wurden festgenommen. — Rosenheim war eine der Hochburgen der Spartakisten und hat in der letzten Zeit von München bedeutende Verstärkungen erhalten. Der Bauerführer Gandorfer hat eine sehr zweifelhafte Rolle in den letzten Ereignissen gespielt. Er versuchte vornehmlich in Bamberg bei der Regierung Hoffmann auf zu gewinnen. Dort abgewiesen, wandte er sich nach München zu.
Neuer Bürger auf Seite der Regierungstruppen.
Freitag vormittag hatten die Regierungstruppen den ganzen Norden Münchens bis zur Briener Straße, der Ludwigstraße und von der Thandl-Straße bis zum Siegestor in ihren Händen. Sie wurden durch die von Münchener Bürgern, die sich zu einer großen Vereinigung haben. Die Jarbrücken sind ebenfalls in den Händen der Regierungstruppen. In südlichen Stadtteilen hatten die Spartakisten heftigen Widerstand organisiert. Bisher sind die Führer der Spartakisten Dr. Landauer und Führer der roten Armee Eglhofer verhaftet. — Die Besetzung bis zur Briener Linie ist in der Hand der Regierungstruppen. Im Innern Münchens ist der Kampf beendet und das Kasernenviertel ebenfalls besetzt. Die roten Garden sammeln sich beim Moor in verschiedenen Stellungen.

Besehung des Erschießungsverbotes des „Fränk. Kuriers“.

Das Ministerium in Bamberg hat die Freigabe des „Fränkischen Kuriers“ verfügt und erklärt, daß die derartige politische Eingriffe selbst verboten sind. Das Erscheinen des Blattes war durch das Generalkommando in Nürnberg verboten. — Die Feier des 1. Mai ist in Nürnberg abgelaufen. Die Versammlungen sind ohne Störungen verlaufen. Für die Sicherheitsmaßnahmen doppelte Wachbereitschaft vorgesehen. Der neuen Volkswache haben sich in der Stadt bereits 12000 aus allen Berufsständen angeschlossen.

Die Maifeier.

Die Maifeier des 1. Mai im Reich.
Der 1. Mai ist in Berlin ruhig verlaufen. Die Demonstrationen waren sehr groß. Die Reichswehr hat sich in der Stadt bereits 12000 aus allen Berufsständen angeschlossen. Die meisten

Redner besaßen sich mit den Friedensverhandlungen in Versailles. Der 1. Mai stand im Zeichen der nahezu vollständigen Arbeitseinstellung und Verkehrsruhe. Straßenbahn und Untergrundbahn verkehrten nicht trotz der Regierungsverfügung, nach der am 1. Mai die „Berkehrsanstalten“ ihren Dienst wie an anderen gesetzlichen Feiertagen ausführen sollten. Der Verkehr auf den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen wurde in beschränktem Umfang, wie an Sonntagen, aufrecht erhalten. Theater und Kinos blieben geschlossen, desgleichen auch der größte Teil der Gastwirtschaften. — Auch im Reich, z. B. in Oberschlesien, Frankfurt a. M. und Leipzig, sind die Feiern, soweit Nachrichten vorliegen, ruhig verlaufen.

Maifeier im besetzten Gebiet.

Der Maifeiertag ist in Köln ruhig verlaufen. Die englischen Behörden hatten den Sozialdemokraten die Veranstaltung einer Demonstration gestattet. Trotz des nachlässigen Wetters war die Beteiligung an Demonstrationen sehr stark. Der Zug wurde von englischer Kavallerie begleitet. Der Straßenbahnbetrieb ruhte vollständig. Auch die Vereinigten Stadttheater blieben geschlossen, da das Personal sich weigerte, zu spielen.

Die Maifeiern im Auslande.

In Wien und Zürich sind die Feiern ohne Zwischenfälle verlaufen. In Frankreich wurde der Maifeiertag diesmal ein besonderer Stempel dadurch aufgedrückt, daß jedem der Arbeitstätigen Ferngebliebenen vom Gewerkschaftsverbande ein Brief eingeschickt wurde, durch den der Betreffende durch Unterschrift zu bestätigen hat, daß er gefeiert habe, um den Achtundzestag, eine völlige Amnestie, schnelle Demobilisation und einen gerechten Frieden mit Abrechnung zu fordern und gegen eine Intervention in Rußland, eine Vesteuerung der Arbeitslöhne, den Belagerungszustand und die Zensur zu protestieren. In Paris kam es zu Unruhen. Trotz des Verbotes wurden Kundgebungen abgehalten. Es kam verschiedentlich zu Zusammenstößen mit der Polizei und den Truppen, die die Hauptstraßen abgeperrt hatten. Bei einem dieser Zusammenstöße wurden zwei Personen getötet und viele verwundet. Der Ausbruch war fast allgemein. — In London fand die übliche Demonstration der Sozialdemokraten im Hyde-Park statt, vor dem Parlament ereignete sich ein Zwischenfall. Miss Sylvia Pankhurst, von 20 Anhängern begleitet, versuchte in das Parlament zu gelangen, um dort ihre Forderungen vorzulegen. Der Versuch mißglückte und sie selbst wurde in Haft genommen. — In Cleveland am Erie-See in Nordamerika kam es anlässlich der Maifeier zu schweren Unruhen, bei denen drei Polizisten getötet und 20 Männer und Frauen schwer verletzt wurden.

Politische Rundschau.

— Berlin, 2. Mai 1919.

Als amerikanisches Mitglied des internationalen Gerichtshofes zur Beurteilung Kaiser Wilhelm wird der frühere Präsident der Vereinigten Staaten Taft genannt.
An Stelle des demokratischen Abgeordneten Dietrich-Baden, der sein Mandat niedergelegt hat, um sich völlig den Geschäften als badiischer Minister des Auswärtigen widmen zu können, tritt der frühere Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. v. Schulz-Gäberitz-Freiburg in die Nationalversammlung ein.
Die ungarische Räteregierung hat die Beschlagnahme des gesamten Privateigentums angeordnet, jedoch Entschädigung Reichsdeutscher in Aussicht gestellt.
Die geflüchteten Wendensführer Ernst Barß und Professor Brühl halten sich augenblicklich in Paris auf, um dort angeblich die Interessen des Wendenvolkes auf der Friedenskonferenz wahrzunehmen.

Der drohende polnische Vorstoß.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung in Weimar hat beim Präsidenten Fehrenbach die Berufung der Nationalversammlung schon auf Montag beantragt, mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem seitens der Polen beabsichtigten Vorstoß gegen deutsches Gebiet in Posen und Oberschlesien. — Da General Haller durch seine Danzig betreffenden Drohungen das Abkommen über den Durchmarsch der polnischen Truppen verletzt hat und nach der Ueberzeugung der Danziger Bevölkerung papierenen Proteste nichts nützen, ist Reichsminister Erzberger von Danzig aus gebeten worden, die deutsche Grenze, über die bisher 18000 Mann Polen gegangen sind, für die weiteren 72000 Mann zu sperren, bis bindende Erklärungen über Hallers Verhalten vorliegen. — Befanztlich hat Reichsminister Erzberger bereits eine diesbezügliche Note dem Marschall Hoch übermitteln lassen.

Gegen eine Volksabstimmung über den Frieden.

Angeichts der lebhaft eingeleiteten Erörterung der Frage, ob eine allgemeine Volksabstimmung über den Friedensvertrag enscheiden soll, erhebt die „Kölnische Volkszeitung“ warnend ihre Stimme gegen eine solche Abstimmung, da im besetzten Gebiet eine Aufklärung über die Ablehnung der Friedensbedingungen völlig ausgeschlossen sei. Das müsse man in verantwortlichen Stellen bedenken. Das Rheinland wolle aber gerade zeigen, daß es in der ungeliebten Frage des Friedensschlusses mit dem Reich seiner Vergangenheit und seiner Zukunft unmissbar verbunden sein wolle. Die rheinische Wählerschaft überläßt die Verantwortung der deutschen Nationalversammlung. — Nach einer Kopenhagener Zeitungsmeldung soll die erste Abstimmung in Nordschleswig am 15. Juni und die in Mittelschleswig sechs Wochen später stattfinden.

Eine Frau als Vortragender Rat.

Im Reichsarbeitsministerium ist eine Frau als Referentin zur Anstellung gelangt. Fräulein Dr. Hirschfeld wird in der Abteilung der Kriegesbeschäftigungsfürsorge die Tätigkeit eines Vortragenden Rates ausüben.

Eine Erklärung des Stuttgarter „Sozialdemokraten“.

Die Vertreter des unabhängigen Blattes

„Der Sozialdemokrat“ haben sich schriftlich verbürgt, daß in den in der Druckerei des „Sozialdemokrat“ hergestellten Drucksachen weder zum gewaltsamen Sturz der Regierung noch zum Generalstreik aufgefördert wird. Die Regierung hat daraufhin das Verbot des Erscheinens des „Sozialdemokrat“ aufgehoben.

Luxemburg: Wirtschaftsunion Luxemburgs mit Belgien.

Nach einer Meldung des Journal de Luxembourg ist die luxemburgische Frage in Paris in dem Sinne einer wirtschaftlichen Union mit Belgien geregelt worden. Belgien wird die Autonomie und Unabhängigkeit des Landes achten. Die französische Regierung wiederholt kategorisch ihre frühere Erklärung, daß die luxemburgische Frage sie nicht interessiert. Zwischen Belgien und Frankreich besteht ein vollkommenes Einverständnis.

Ungarn: Die Rumänen an der Theiß.

Am 28. näherten sich die Rumänen dem unteren Lauf der vereinigten Rocoos und der Hortobaghy. In der Abenddämmerung waren die ungarischen Truppen infolge des übermächtigen, gegen die Flanken gerichteten Angriffes zum Rückzug gezwungen. Die östlich von Tokaj im Kaba-nazar Brückenkopf stehenden Truppen haben sich infolge des übermächtigen Angriffes des Feindes auf das westliche Ufer der Theiß zurückgezogen. — Das 21. tschechische Regiment, das in Frankreich gebildet worden ist, und sich bei den Kämpfen gegen die Polen in Schlesien Grausamkeiten zuschulden kommen ließ, meuterte und ging zu den ungarischen Bolschewisten über. Auch in den tschechischen Garnisonen mehren sich die Fälle über Meutereien der Truppen. — Die ungarische Räteregierung hat, um gegenrevolutionären Bewegungen vorzubeugen und sie zu verhindern, in den letzten Tagen circa 160 Verhaftungen angeordnet und durchgeführt.

Rußland: Aufrüstung in der Ukraine.

Der vor kurzem ausgebrochene anti-bolschewistische Aufrüstung hat 30 Gemeinden erfaßt. Die in Donetz stehenden bolschewistischen Truppen sind in Stärke von 5000 Mann auf die Seite der Aufständischen übergegangen, die den südlichen Teil von Kiew in ihren Besitz gebracht haben. Auf der Halbinsel Krim haben die Bolschewisten die Küstenstadt Seodofia erobert. Sewastopol mußte am 23. April von den Ententetruppen vollständig geräumt werden, alles Kriegsmaterial mußte eingeschifft oder zerstört werden.

Finnland: Finnen vor der Murmansker.

Die Finnländer stehen nicht vor der Murmansker, deren Besetzung nahe bevorsteht. Die Verbindung Murman-Petersburg ist bereits unterbrochen. Ueber die bolschewistischen Besatzungsmaßnahmen wird gemeldet, daß russische Schiffe gegen Finnland mobil gemacht werden. Nach einer finnischen Meldung aus Helsinki vom 29. April wurde die Stadt Olonez den Bolschewisten wieder abgenommen. Freiwillige haben 30 Kilometer südlich von Olonez einige Dörfer gewonnen.

Nordamerika: Die Abrüstung in den Vereinigten Staaten.

Die amerikanische Regierung hat eine Reihe von ihrem Kriegsministerium zurückgegeben. Was jedoch die Abrüstung angeht, so ist deren Herstellung nicht vollständig eingestellt worden. Demnach wird eine ziemlich bedeutende Bestellung von 300 Hunderten von einem Kaliber von 340 Millimeter mit den dazu gehörigen Brennen, Patronen und Munitionswagen im Gesamtwerte von 16 659 000 Dollars sowie 42 14 stollige Geschütze und 130 Tanks fertig gestellt werden. Die Munitionslieferungen, die von der amerikanischen Regierung angenommen werden, belaufen sich auf 1 450 000 Dollars für rasches Pulver und 3 600 000 Dollars für Patronen.

Österreich: Die Kämpfe in Kärnten.

Zu dem Einbruch südslawischer Truppen in Kärnten wird mitgeteilt: Es gelang der Kärntner Volkswache, im Bereich von Villach die Station und den Ort Rosenbach sowie St. Jakob zurückzunehmen. St. Jakob ging zwar vorübergehend verloren, wurde aber wieder von der Volkswache zurückgewonnen. Im Bereich von Klagenfurt gelangte der Ort Grafenstein durch die Kärntner Volkswache wiederum in den Besitz der Deutschen.

Ungarn: Friedensangebot der ungarischen Räteregierung.

Der Staatskommissar für äußeres Bela Kun sandte an alle Arbeiter der Welt einen Funkspruch, in dem er mitteilt, daß er der tschecho-slowakischen, der südslawischen und der rumänischen Regierung eine Rote gefandt habe in der er namens der ungarischen Regierung erklärte, daß sie alle territorialen und nationalen Ansprüche der genannten Regierungen anerkenne, dafür aber die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Nichtteilnahme in die inneren ungarischen Angelegenheiten, ferner den Transitverkehr und den Abschluß von Wirtschaftsverträgen fordere. — Das tschecho-slowakische Pressbureau meldet, daß die gegen die Magyaren vorrückenden rumänischen Truppen mit den tschecho-slowakischen Truppen bei Munkacs Zusammenstoß genommen haben.

Frankreich: Die Bewertung der französischen Heeresbestände.

Zur Bewertung der französischen Heeresbestände — einschließlich des von den Deutschen preisgegebenen Geräts — ist ein besonderes französisches Unterstaatssekretariat geschaffen worden. Aus dem Ertragnis sollen zwei Milliarden Franken zum Ausgleich des Haushalts für 1919 dienen. Zu den eigenen französischen Beständen kommen, wenn die darüber gepflogenen Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen, auch noch diejenigen Teile des englischen, amerikanischen und belgischen Materials, welche die betreffenden Staaten nicht aus Frankreich zurücktransportieren wollen. Die französische Behörde schätzt den Gesamtwert der Bestände an Gerät, Lebensmitteln usw. auf 10-15 Milliarden.

England: Die Opposition gegen Lloyd George.

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ sagt in einer Betrachtung über die Wahlen in Aberdeen: Keine Koalition könne bei der heutigen Stimmung der Wähler als gesichert gelten. Solche andauernde Abweichung von der Meinungsäußerung können nicht unbemerkt bleiben. Das Blatt schwenkt nach links, und diese Tatsache kann auf die Dauer nicht von einem Parlament negiert werden, welches in seiner Mehrheit rechts ist.

Rußland: Räumung Petersburgs durch die Bolschewisten.

Die „Times“ vernimmt, daß Petersburg von den Bolschewisten geräumt wird, und vom Bolschewistenführer Solto die Einnahme von Olonez durch die Finnen von der Bevölkerung Petersburgs geheim gehalten wird. Die Finnen erwarten, daß Petersburg binnen wenigen Wochen überfallen wird.